

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: G. H. Raben, Dresden  
und Köpcke'sche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Eingelassener 10 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositionelle  
30 M., die 90 mm breite Kompositionelle 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen  
40 Proz. Rabatt. Für Belegabgabe 10 M.

Nr. 167

Dresden, Mittwoch den 21. Juli 1926

37. Jahrg.

## Herriot vor dem Scheitern

Die Finanzkatastrophe erzwingt sofortige Entscheidung — Die Staatstassen zahlungsunfähig

P. Paris, 21. Juli. (Sig. Bankfrank.)

Das neue Kabinett Herriot wird sich nicht erst am Donnerstag, sondern bereits am heutigen Mittwoch abend 5 Uhr in beiden Kammern vorstellen. Der Grund dafür ist in einer persönlichen Intervention des Präsidenten der Republik beim Ministerpräsidenten Herriot zu suchen. Am Dienstag abend fand ein Kabinetsrat statt, bei dem die Ausarbeitung der Regierungserklärung gewöhnlich sein sollte. Zur selben Zeit begab sich der Gouverneur der Bank von Frankreich zum Präsidenten der Republik, um ihm über die sich räumlich verschlechternde Finanzlage Bericht zu geben. Er erklärte, daß das französische Volk nicht mehr in der Lage sei, den seit dem Amtsantritt Herriots in ungeheurer Weise anwachsenden Forderungen nach Einlösung von Schatzscheinen und Nationalanleihen bei den öffentlichen Kassen, besonders in den Provinzen, zu genügen und daß unter allen Umständen mit größtmöglicher Beschleunigung eine Klärung der politischen Lage eintreten müsse. Sofort nachher hat Doumergue den Ministerpräsidenten Herriot zu sich gebeten und ihn aufgefordert, bereits am Mittwoch nachmittag und nicht erst am Donnerstag vor den beiden Kammern zu erscheinen, um festzustellen, ob das Kabinett das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht.

Als diesem Schritt Doumergue ist es ebenfalls zu erklären, daß die Regierungserklärung des neuen Kabinetts sehr kurz sein wird. Ihr Text soll höchstens 20 Seiten umfassen. Sofort nach der Erklärung wird Finanzminister de Monzie seine im Laufe der vergangenen Nacht ausgearbeitete Finanzvorlage in der Kammer einbringen und eine möglichst rasche Beratung verlangen. Die sich anschließende Abstimmung wird aller Voraussicht nach bis ins Ministerium Herriot ungenügend ausfallen. Selbst die Wähler der Linken glauben nicht an einen Erfolg des Kabinetts, dessen Lage sich in dem Zusammenhang mit dem am Dienstag erzielten neuen Frankkurs und der dadurch hervorgerufenen Panik in der Bevölkerung als bedenklich verschlechtert hat.

### Ausichtslos!

P. Paris, 21. Juli. (Sig. Bankfrank.) Bezeichnend für die Ausichtslosigkeit des Kabinetts Herriot ist, daß in der eigenen Partei Herriots, dem Kabinett Sozialisten, ein Entzug, dem neuen Kabinett das Vertrauen auszusprechen, keine Mehrheit fand. In dieser Hinsicht ist die Kabinetsvorstellung der beiden Kammern der parlamentarischen Mehrheit des neuen Kabinetts nicht. In der Zwischenzeit zwischen dem Herriotisten und den Sozialisten um Jeanin Vautour, der bereits mehrfach die

Partei bei entscheidenden Abstimmungen in zwei Lager gehalten hat, schärfer denn je zutage getreten. Trotz mehrfacher Lärmerender Diskussion ist die Partei zu keinem einheitlichen Beschluß über ihre Haltung dem neuen Kabinett gegenüber gelangt. Es scheint sicher, daß ein Teil der eigenen Partei Herriots gegen ihn Stellung nehmen wird.

Die Wirt-Gruppe, der früheren Rationale Block, wird geschlossen gegen das Kabinett Stellung nehmen, wie natürlich alle anderen Parteien, die noch weiter rechts liegen. Was die Mittelparteien und die Parteien des linken Zentrums, denen die beiden Minister Colrat und Tardieu entnommen sind, anbetrifft, so ist bezeichnend für ihre Stimmung, daß die beiden Minister erklärt haben, sie hätten ihre Parteimitglieder auf eigene Verantwortung und ohne ihre Fraktion zu binden, übernommen.

Die sozialistische Partei erwidert, auf deren Unterstützung Herriot zählt, hat am Dienstag in einer Fraktionsbesprechung beschlossen, die Haltung dem Kabinett gegenüber von dem Inhalt der Regierungserklärung und speziell ihrem finanziellen Teil abhängig zu machen.

Alles in allem hat der Dienstag die Aussichten des Kabinetts noch mehr verringert. Falls es die erste Abstimmung über die Regierungserklärung entgegen aller Wahrscheinlichkeit überleben sollte, rechnet man mit seinem baldigen Sturz über das de Monzie'sche Finanzprogramm, umso mehr, als dieser beschließt, von der Kammer Vollmacht zu verlangen, die Entlastung auf Intervention Herriots verweigert wurden. Diese Vollmachtforderung de Monzie's soll schon zu scharfen Differenzen zwischen ihm und Herriot geführt haben.

### Empörung über die Frankkatastrophe

P. Paris, 20. Juli. (Sig. Bankfrank.) Der Frankkurs ist katastrophal. Vorgestern sankerte das englische Pfund (30 Goldmark) 191 Frank, gestern 228, heute 243. Der Dollar liegt entsprechend, auch die Mark. In der Welt herrscht Panik. Es kam zu Tumulten, bei denen die Polizei eingreifen mußte. Die durch den Frankkurs eingetretene Linderung von Paris durch die Länder hat ein starkes, zum Teil unvorstellbares Ausmaß angenommen. Die Preise sind sich gegenseitig. Gleichzeitig greift eine gefährliche feindselige Stimmung gegen die Ausländer um sich. Es ist in den letzten Tagen bereits mehrfach zu Zusammenstößen oder primitiven Zwischenfällen in Straßen, Häusern und Badegeldstätten gekommen. Einige Geschäfte verlaufen bereits an Ausländer nicht mehr.

## Der Kampf gegen die Zensur

Von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion wurde im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

Die Filmzensurbehörde hat den Film „Panzerkreuzer Potemkin“, dessen Aufführung sie selbst wenige Wochen zuvor erlaubt hatte, im Widerspruch verboten. Das Verbot ist erfolgt wegen „Gefährdung der Sicherheit des Reiches“, die nach der von der Filmzensurbehörde erstellten Freilassung des Filmbesitzers festgestellt habe. Dabei lautet das Gutachten des Vorsitzenden des größten Landes, Preußen, dahin, daß in Schaulustigen von Aufführungen vor wohl mehr als einer Million Menschen nirgendwo eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eingetreten ist. Danach charakterisiert sich das Verbot der Filmzensurbehörde als eine willkürliche politische Zensurmaßnahme zugunsten reaktionärer und monarchistischer Kreise, die nach einem offenbar einheitlichen Plan sofort nach der Freilassung des Filmbesitzers.

Wir fragen daher die Reichsregierung:

1. Ist ihr bekannt, ob an diesen Treiben Beamte des Reichskulturamtes des Innern, insbesondere des Reichskulturamtes, für öffentliche Ordnung sich beteiligt haben?

2. Ist ihr bekannt, daß Beamte des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums in dieser Sache Gutachten abgegeben haben, die in ihrer Wirkung auf eine Verletzung des Reichsstaatsvertrages, nämlich der Bestimmung hinsichtlich, daß kein Film seiner politischen Tendenz wegen verboten werden darf?

3. Willt und best die Reichsregierung diese Haltung der Zensur?

4. Ist die Reichsregierung bereit, bei der Kündigung der mit der Zensurbehörde getroffenen Abmachung darauf zu achten, daß nur Personen zum Verbot kommen, die die Zensur für eine unparteiliche, dem Geist der demokratischen Republik entsprechende Tätigkeit bieten?

5. Ist die Reichsregierung bereit, die Begünstigung von Film-Verboten Personen zu überlassen, die wegen anderen Qualifikationen und die Gesetze bieten, daß sie ihre Gutachten nicht nach Parteipolitik, sondern entsprechend dem Sinn und Wortlaut der bestehenden Verfassung und Gesetze?

Die Sozialdemokratie erwartet, daß der zuständige Reichsminister des Innern diese Anfrage ungehindert beantwortet. Von seinen Zeitungen wird sich dann alles weitere ergeben. Die Reichsregierung sollte sich jedenfalls nicht der Täuschung hingeben, daß mit dem Verbot die Angelegenheit ein für allemal erledigt ist.

### Die Reichsregierung war der Treiber!

Der Reichsminister des Innern hielt es vor wenigen Tagen für annehmlich, seine Passivität gegen das Verbot des Potemkin-Films mit dem Charakter der Oberzensurbehörde als „gerichtliche Instanz“ zu entschuldigen.

Diese ganze Ausrede hat die volksparteiliche Tages Rundschau (zu der Stresemann Beziehungen hat) auf den Plan gerufen und aus dem Streit, der sich so zwischen ihr und der demokratischen Presse entwickelte, erfahren wir als Dritte wieder einmal die Wahrheit. Das Blatt stellt fest, daß die Reichsregierung:

„noch bevor der Potemkin-Film zum ersten Mal aufgeführt wurde, einmütig beschlossen hat, bei der preussischen Regierung gegen die Genehmigung dieses Films vorzugehen.“

Die preussische Regierung lehnte dieses Ersuchen ab, und als dann der Film freigegeben wurde, hat das Reichskabinett noch damals einmütig für ein Verbot ausgesprochen. Alle demokratischen Minister geben dieser Forderung nach einem Verbot des Filmbesitzes, wie die Tages Rundschau zu berichten weiß, ihre Zustimmung.

Wir haben keinen Grund, diese Feststellungen der Tages Rundschau anzuzweifeln. Der Reichsminister des Innern ist durch sie überführt, durch eine ihm nahe liegende parlamentarische Korrespondenz der Öffentlichkeit eine objektive unwahre Darstellung des Tatbestandes gegeben zu haben. Seine Behauptung, daß er es während des ganzen Verlaufs der Angelegenheit peinlich vermeiden habe, nach irgendeiner Seite Einfluss auszuüben, ist falsch und irreführend. Es muß darüber hinaus angenommen werden, daß die Aktion des Reichsregierungsrats Mitgliedern von der Filmzensurbehörde gegen den Film und seine Aufhebung einzelner reaktionärer Landesregierungen im Einverständnis mit der Reichsregierung erfolgte oder mindestens die Billigung des Kabinetts fand.

Der Skandal ist also noch viel schlimmer, als man anfänglich vermutete. Die Oberzensurbehörde scheint nur das ausführende Organ eines Kabinettsbeschlusses gewesen zu sein, der

### einen glatten Rechtsbruch

bedeutet, indem er gegen die klaren Bestimmungen des Reichsstaatsvertrages verstößt. Sie besagen, daß kein Film aus politischen Gründen verboten werden darf. Der Höhepunkt erreicht der Skandal dadurch, daß das Verbot von demokratischen Ministern unterzeichnet wurde, obwohl sie sich hätten klar sein müssen, daß der Kabinettsbeschluss mit dem Geist der demokratischen Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist. In anderen Ländern stellte man eine Regierung, die auch nur ähnlich handeln würde wie das im Amt befindliche Reichskabinett, vor den Staatsgerichtshof.

## Der Aufruf der Dreihundneunzig

Von Hermann Wendel

Dieser Tage lief die Meldung durch die Presse, daß die amerikanische Chemiker Gesellschaft den 1919 verstorbenen deutschen Chemiker Emil Fischer, der während des Krieges aus der Liste ihrer Ehrenmitglieder gestrichen war, wieder darauf gesetzt habe, weil er noch vor seinem Tode seine Unterschrift unter dem „Aufruf der Dreihundneunzig“ zurückgezogen habe. In den breiten Massen des deutschen Volkes ist dieses Manifest aus unholden Kriegstagen längst vergessen, soweit sie ihm überhaupt je Beachtung geschenkt haben; auch von den politischen Geschichtskennern wird mancher nicht wissen, was es mit jenen Schriftstück für eine Verbindung hat. Dafür erscheint es noch heute unsern Gegnern von damals ein Dokument deutscher Schande. Im französischen Senat sprach noch nach dem Kriege, im Herbst 1919, Clemenceau von dem „schamlosen Manifest der Intellektuellen“ und nannte es „das größte Verbrechen Deutschlands“, „ein schlimmeres Verbrechen als alle andern Taten, von denen wir wissen“, und selbst der alles andre als deutschfeindliche Präsident der Columbia-Universität, W. W. Röntgen, meinte, ebenfalls nach Kriegsende, daß jener Appell „ein Konglomerat von Unwahrheiten“, und das Stigma, das er der geistigen und moralischen Vaterlandsliebe deutscher Gelehrter und Wissenschaftler aufdrückte, auf immer eines der beklagenswertesten und niederziehendsten Ereignisse des Krieges bleiben werde.

In der Tat ist der „Aufruf der Dreihundneunzig“ eine schwere Belastung des deutschen Namens, selbst wenn man seinen Urheber die allgemein höchste bei Kriegsbeginn, die planmäßige Verrückung des deutschen Volkes durch seine Machthaber und das Drum und Dran der Entfesselung des Manifestes als mildernden Umstand anrechnet. Im Oktober 1914 versprach nämlich eine kleine Gruppe von Künstlern und Gelehrten, darunter Emil Fischer, das Bedürfnis, vor der europäischen Öffentlichkeit für die deutsche Sache zu zeugen. Statt diese Absicht würdig auszuführen, verfiel einer der leidenschaftlichsten und fruchtbarsten Vorkriegsintellektuellen, Hermann Sudermann, ein von hohem Pathos geschwollenes Manifest, das ein Bekenntnis nicht etwa zum deutschen Volke, sondern zum deutschen „Kaiserismus“ und „Militarismus“ war. Jener Hohenstauffer, dessen fraktionelle und kriegerische Randbemerkungen an den diplomatischen Aktivistinnen in den Vorkriegstagen damals allerdings noch unbekannt waren, wurde als „Schirmherr des Selbstverlebens“ gefeiert, und stramm wie ein „ausgerichtet“ Ausfertiger stand in dem Schwulst der andern Sätze dieser haarsträubende: „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur vom Erdboden getilgt!“ Nebenher klang es hochfahrend und schulmeisterlich: „Es ist nicht wahr... Es ist nicht wahr! Daß Deutschland den Krieg verschuldet habe, daß es freventlich die Neutralität Belgiens verletzt habe, daß auch nur eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum ohne das Gebot bitterster Notwehr angegriffen worden sei, daß die deutschen Truppen brutal gegen Löwen vorgegangen seien, daß die deutsche Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtete, alles, es ist nicht wahr, es ist nicht wahr,“ obwohl die Urheber des Manifestes von den Dingen aus eigener Anschauung auch nicht den Schimmer einer Ahnung haben konnten.

Freilich war die Art, in der das die Grundgedanke anregende kleine Komitee die nötige Zahl klingender Unterschriften sammelte, durchaus nicht einwandfrei. Eine ganze Reihe von Verhältnissen erhielt die telegraphische Aufforderung, ihren Namen „für Protest deutscher Intellektueller gegen Auslandslügen“ herzugeben und erklärte sich bereit, ohne den Text des Manifestes zu kennen. Derart kam eine artige Blütenlese dessen zusammen, was man so geistige Führer der Nation heißt: von Malern und Bildhauern Peter Behrens, Ludwig v. Hofmann, Leopold Graf Kalkreuth, Max Klinger, Max Liebermann, Bruno Paul, Hans Thoma, Wilhelm Trübner, von Dichtern Richard Dehmel, Max Halbe, Herbert Gulenberg, Gerhart Hauptmann, von Wissenschaftlern der verschiedensten Zweige: Ernst Haeckel, Wilhelm Ostwald, Wilhelm Röntgen, Adolf v. Barnack, Paul Sabatier, Ugo Brentano, Franz v. Litz, Gustav v. Schmoller, Albert Reicher, August von Wassermann, Karl Lamoreux, Rudolf Eucken, Wilhelm Wundt, Wilhelm Windelband, Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf und ein ganzer Schwall nach. Wunder allerdings ist es nicht, daß er, so spät, aus dem Wortlaut die ganze Angelegenheit der Grundgedanke erkannte, und mandem selbst das Gewissen, als das Manifest draußen in der Welt, auch bei den Neutralen, als die Katastrophe des deutschen Geistes, als die Warnschlacht der geistigen Führerschaft Deutschlands gewertet wurde. So beharrten, als der Vorkämpfer des Pazifismus, Dr. Hans Wehberg, 1919 bei den Unterzeichnern des Aufrufs umfrage, nur lediglich Hans Eichenströmge konnte. Wundt bei ihrer Stellung von 1914. Jedem andre waren ihre Unterschrift ausdrücklich zurück, zweihundertfünfzig bekannten, daß sich keinesfalls alle Behauptungen des Manifestes noch aufrechterhalten ließen, jedoch antworteten gar nicht und antworteten waren inzwischen verstorben.

Aber was eine große Zahl solcher um ihr besonderes Kunst- oder Wissensgebiet zweifellos verdienter Männer bewog, ihren Namen zum Herkommen, war wohl so ihre Unwissenheit oder Weltfremdheit als die Verantwortung mit

19. 1920